

Für eine neue Wohnungspolitik in Bochum:

- **Schluss mit der Privatisierung!** Kommunale Grundstücke sollen nicht weiter verkauft werden, sondern von der Stadt selbst entwickelt oder nach dem Erbbaurecht an gemeinwohlorientierte Bauträger verpachtet werden.
- **VBW zum gemeinnützigen Unternehmen umbauen!** Die VBW gehört mehrheitlich der Stadt, verhält sich aber kaum anders als andere Konzerne. Andere Städte haben längst gemeinnützige Wohnungsunternehmen: Sie sollen keinen Gewinn erwirtschaften, sondern möglichst günstigen Wohnraum anbieten.
- **Aktiv gegen Mieterhöhungen!** Bochum soll nur solche Mietshaus-Moderisierungen finanziell fördern, durch die sich die Warmmiete nicht erhöht. Kommunal subventionierte Verdrängung darf es nicht geben.
- **Leerstände nutzbar machen!** Die Stadt soll Wohnungsleerstände systematisch erfassen und herausfinden, warum sie nicht vermietet werden. Bei Problemen soll sie helfen. Stehen Wohnungen ohne nachvollziehbaren Grund leer, braucht es mehr Druck, denn Eigentum verpflichtet.

100% sozial – für Sie im Bochumer Rat:



Sevim Sariatun



Ralf-D. Lange



Gültaze Aksevi



Horst Hohmeier

Kontakt:

E-Mail: linksfraktion@bochum.de
Telefon: 0234 - 910 1295

Fraktionsgeschäftsstelle:

Rathaus, Willy-Brandt-Platz 2-6, Raum 49
Öffnungszeiten: Mo. 12-17:30 Uhr
Di.-Do. 10-15 Uhr

E-Mail-Newsletter kostenlos abonnieren: linksfraktionbochum.de/newsletter

www.linksfraktionbochum.de

Für bezahlbare Mieten in Bochum:

Privatisierung verhindern,
Leerstände erschließen,
gemeinnützig bauen!

DIE LINKE.
im Rat der Stadt Bochum

Wohnungsmarkt: Kein weiter so!

Die Lage auf dem Bochumer Wohnungsmarkt hat sich spürbar verschärft:

Seit 2012 haben sich die Mieten in Bestandswohnungen um elf Prozent erhöht, Mieten in Neubau-Projekten sind für viele unbezahlbar. Etwa die Hälfte der Bochumer Bevölkerung hat Anspruch auf einen Wohnberechtigungsschein (WBS). Für die rund 97.000 berechtigten Haushalte stehen jedoch nur noch weniger als 14.000 öffentlich geförderte Wohnungen zur Verfügung. SPD und Grüne haben ein „Handlungskonzept“ durchgesetzt und Änderungs-

vorschläge der Linksfraktion abgelehnt. Nach dem Konzept wird die Zahl der Sozialwohnungen in Bochum bis zum Jahr 2025 weiter sinken – und zwar selbst dann, wenn alle dort formulierten Ziele erreicht werden sollten. Unter dieser Politik leiden diejenigen am meisten, die es eh schon am schwersten haben: Zum Beispiel haben Alleinerziehende mit geringem Einkommen kaum noch eine Chance auf dem Bochumer Wohnungsmarkt. Sie können sich nur noch zwei Prozent der für sie geeigneten Mietobjekte leisten.

Was in Bochum falsch läuft

Obwohl in Bochum vor allem günstiger Wohnraum fehlt, verkauft die Stadt ihre Grundstücke und lässt Privatunternehmen vor allem teure Projekte bauen.

Am Hauptbahnhof soll ein Investor auf bisher städtischem Grund ein Luxus-Studierendenwohnheim errichten – mit Rezeption, Fitness-Raum und Wäscheservice. Mietpreis: Ab 22 Euro pro Quadratmeter. Eigentlich hat der Bochumer Rat beschlossen, dass bei allen größeren Bauprojekten mindestens 20 Prozent Sozialwohnungen ein-

geplant werden müssen. Trotzdem haben SPD und Grüne durchgesetzt: Auf dem ehemaligen RWE-Gelände an der Wielandstraße darf eine Essener Baufirma 150 hochpreisige Wohnungen und „Town Houses“ errichten – ohne eine einzige Sozialwohnung! Außerdem will die rot-grüne Koalition das BVZ hinter dem Rathaus, die Musikschule und das Gesundheitsamt abreißen lassen. Statt dort wenigstens selbst günstigen kommunalen Wohnraum zu schaffen, soll das riesige Gebiet ebenfalls privatisiert werden.



Städtische Gebäude abreißen, dann Grundstücke privatisieren? So nicht, Rot-Grün!



Unsere Vorschläge für gutes Wohnen

Bodenprivatisierung im großen Stil ist alternativlos? Von wegen! Das behaupten nur die, die den beteiligten Firmen Profite auf Kosten der Allgemeinheit organisieren wollen. Bereits in der Vergangenheit hat DIE LINKE im Bochumer Rat soziale Alternativen zur aktuellen Bochumer Wohnungspolitik vorgeschlagen und zur Abstimmung gestellt. Aktuell beraten die Ausschüsse über zwei weitere LINKE Anträge:

1. Im Ausschuss für Planung und Grundstücke beantragt DIE LINKE einen Grundsatzbeschluss: Die kommunale Bewirtschaftung von Bauland soll Vorrang vor dem Verkauf an Privatunternehmen erhalten. Kann ein städtisches Grundstück nicht kommunal bewirtschaftet werden, soll es nicht verkauft, sondern nach dem Erbbau-recht verpachtet werden – und zwar vorrangig an gemeinnützige Bauträger wie Genossenschaften und Wohnungsbauvereine. Da vor allem günstiger Wohnraum fehlt, sollen deutlich mehr Sozialwohnungen errichtet werden. Die Gemeinnützigkeit der Bauträger kann dafür sorgen, dass die Mieten dauerhaft günstig bleiben, und nicht nur, bis die geförderten Kredite zurückgezahlt sind.
2. Absurd: Obwohl in Bochum Tausende eine Wohnung suchen, gibt es nach wie vor viele Wohnungen und Häuser, die leer stehen und zum Teil verfallen. Die Stadt sagt, dass sie keinen Überblick über die Leerstände hat. Deshalb beantragt DIE LINKE im Ausschuss für Strukturentwicklung ein Programm zur Erfassung von Leerständen und der vorliegenden Vermietungshemmnisse. Die Eigentümer*innen sollen aktiv angesprochen werden, um Probleme auszuräumen. In diesem Zusammenhang soll die Verwaltung die Erstellung eines Leerstandskatasters prüfen, wie es das zum Beispiel in vielen Kommunen unseres Nachbarbundeslands Niedersachsen bereits gibt.